

2 Personenfreizügigkeit

Inhalt

Die SuS befassen sich mit der Personenfreizügigkeit und deren Bedeutung für die Schweiz.

Ziele

- Die SuS können die Grundlagen der Personenfreizügigkeit (PFZ) in eigenen Worten erklären.
- Die SuS können erklären, was das Ziel der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) war.
- Die SuS können in einer Debatte zur Umsetzung der MEI Stellung beziehen.

Voraussetzung

- Grundlagen Migration

Zeit

30 Minuten + Vertiefung 15 Minuten

Materialien

- AB «Personenfreizügigkeit», AB «Debatte Personenfreizügigkeit»
- Clip «Personenfreizügigkeitsabkommen»

easyvote-Clip

Einen easyvote-Clip zur Personenfreizügigkeit finden Sie unter www.easyvote.ch/school und [hier](#).



Verlaufsplan

Zeit	Inhalt	Sozialform	Material
5'	Einstiegsvariante A Es wird der Begriff «Personenfreizügigkeit» projiziert. Die SuS diskutieren zu zweit, was das genau heisst.	Plenum	
5'	Einstiegsvariante B Die Lehrperson verwehrt einem Teil der Klasse den Zutritt ins Schulzimmer. Nach 2-3 Minuten dürfen sie auch hereinkommen. Danach wird die Klasse gefragt: Was hat dies mit dem Begriff «Personenfreizügigkeit» zu tun?	Plenum	
5' 10'	Personenfreizügigkeit In der Klasse wird der Clip «Personenfreizügigkeit» geschaut. Die SuS beschriften die Bilder zum Clip und beantworten die Fragen.	Plenum, PA	 Clip «Personenfreizügigkeit»
10'	Besprechen der Lösungen in der Klasse. Folgende Bedingungen sind Voraussetzung für eine Arbeits- oder Aufenthaltserlaubnis in einem EU- oder EFTA-Land: o Er/Sie hat einen Arbeitsvertrag in diesem Land. o Er/Sie ist selbstständig erwerbend. o Er hat genügend Geld zum Leben.	Plenum	– AB «Personenfreizügigkeit»
5'	Vertiefung 1: Masseneinwanderungsinitiative Den SuS wird nacheinander ein Pro- und ein Kontra-Plakat gezeigt. Bei beiden Plakaten wird gefragt: • Was wollten die Urheber des Plakates? Wofür standen sie ein? Was waren die Argumente?	GA Plenum	– Plakate – AB «Debatte PFZ»
5'	Die SuS lesen den Grundlagentext zur Debatte der Personenfreizügigkeit durch. Zu zweit diskutieren sie die zwei Möglichkeiten: Soll die Personenfreizügigkeit beibehalten werden oder die Begrenzungsinitiative angenommen werden mit der Folge, dass die PFZ höchstwahrscheinlich gekündigt wird?	EA PA	
5'	Die SuS stellen sich auf einer fiktiven Linie im Schulzimmer auf. • «Seid ihr für die jetzige Umsetzung der MEI oder für die Begrenzungsinitiative?»	Plenum	– Blätter «für Umsetzung MEI»/ «Begrenzungsinitiative»
5'-10'	Die Lehrperson kann einige SchülerInnen auswählen: Warum stehen sie dort? Was sind einige Argumente? (Mit den beiden Polen «sicher» und «unsicher» kann zudem die Meinungsbildung abgefragt werden.)		
	Vertiefung 2: Rahmenabkommen <i>Die Schweiz verhandelt zurzeit über ein neues Rahmenabkommen mit der EU. easyvote wird über das Rahmenabkommen informieren, sobald dieses abgeschlossen ist.</i>		



Masslosigkeit schadet!

Massen-
einwanderung
stoppen **JA**



Bilaterale abholzen?

SVP-Abschottungsinitiative

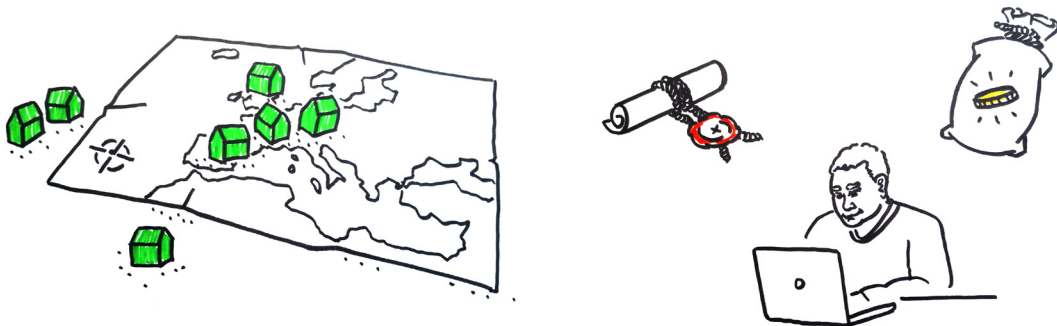
am 9. Februar
NEIN!



Personenfreizügigkeit

Aufgabe

Ihr schaut in der Klasse den easyvote-Clip «Personenfreizügigkeitsabkommen» an. Beschrifte folgende Abbildung. Was hat sie mit der Personenfreizügigkeit zu tun?



Aufgabe

A) Welche der folgenden Aussagen stimmt?

EinE EU- oder EFTA-BürgerIn darf mit der Familie in einem anderen EU- oder EFTA-Land wohnen und arbeiten, wenn er/sie eine der folgenden Bedingungen erfüllt:

- ☐ Er/Sie hat einen Arbeitsvertrag in diesem Land.
- ☐ Er/Sie hat einen US-Pass.
- ☐ Er/Sie macht Ferien in diesem Land.
- ☐ Er/Sie ist selbstständig erwerbend.
- ☐ Er/Sie hat genügend Geld zum Leben.
- ☐ Er/Sie hat einen Flüchtlingsstatus.

B) Beantworte folgende Fragen:

- In welchen Ländern gilt die Personenfreizügigkeit?
- Was darf man alles als Staatsmitglied, in denen die Personenfreizügigkeit gilt?



Debatte: Personenfreizügigkeit

Masseneinwanderungsinitiative (MEI) ?

Am 9. Februar 2014 wurde in einer nationalen Volksabstimmung die Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ angenommen. Das Ziel der Initiative war es, Höchstzahlen für die Einwanderung von AusländerInnen zu bestimmen. Die Höchstzahlen sollten die wirtschaftlichen Interessen der Schweiz berücksichtigen. Auch sollten die Höchstzahlen SchweizerInnen einen Vorrang auf dem Schweizer Arbeitsmarkt ermöglichen.

Ausgangslage

Das Freizügigkeitsabkommen mit der EU will die unbeschränkte Migration zwischen der Schweiz und der EU. Der Bundesrat hat gesagt, dass die Initiative nicht mit dem Freizügigkeitsabkommen vereinbar ist. Weil das Freizügigkeitsabkommen Teil der bilateralen Verträge ist, ist die Initiative auch nicht mit den bilateralen Verträgen vereinbar.

Insbesondere seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative wird das Personenfreizügigkeitsabkommen intensiv diskutiert.

- Befürworter sind der Meinung, dass die Wirtschaft stark profitiert, da sie damit einfacher Mitarbeiter anstellen kann, die sie in der Schweiz nicht findet.
- Kritiker sind hingegen der Meinung, dass die Schweiz so die Zuwanderung aus der EU nicht mehr selbstständig regeln kann.

Ja

Umsetzung MEI

Der Bundesrat will die bilateralen Verträge mit der EU nicht gefährden. Das Parlament hat ein Gesetz zur Umsetzung der MEI geschrieben, das mit den bilateralen Verträgen vereinbar ist.

Das neue Gesetz will die Einwanderung ohne fixen Höchstzahlen beschränken. Die Einwanderung soll vermindert werden, indem freie Arbeitsstellen möglichst mit arbeitslosen Personen aus der Schweiz besetzt werden.

Die Vermittlung von arbeitslosen Personen in der Schweiz soll stärker gefördert werden. In Regionen und Branchen mit vielen arbeitslosen Personen müssen offene Arbeitsstellen dem Arbeitsamt gemeldet werden. Das ist die sogenannte Stellenmeldepflicht. Während fünf Tagen weiss dann nur das Arbeitsamt und die beim Arbeitsamt gemeldeten arbeitslosen Personen von diesen offenen Arbeitsstellen. Diese neue Regelung gilt seit dem 01. Juli 2018.

Nein

Begrenzungsinitiative

Die SVP ist mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative nicht einverstanden. Sie hat deshalb die Unterschriftensammlung für die «Begrenzungsinitiative» gestartet.

Die Begrenzungsinitiative will, dass die Schweiz die Zuwanderung von AusländerInnen eigenständig regeln kann. Wird die Begrenzungsinitiative angenommen, dann hat der Bundesrat ein Jahr Zeit, um mit der EU über die Personenfreizügigkeit zu verhandeln. Scheitert ein Abkommen, dann wird die Personenfreizügigkeit mit der EU gekündigt.

Die SVP hat 100'000 Unterschriften gesammelt. Die Vorlage kommt also zur Abstimmung.

FÜR UMSETZUNG MEI

FÜR BEGRENZUNGS- INITIATIVE

UNSIICHER

SICHER



Debatte: Personenfreizügigkeit

Masseneinwanderungsinitiative (MEI)

Am 9. Februar 2014 wurde in einer nationalen Volksabstimmung die Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ angenommen. Das Ziel der Initiative war es, Höchstzahlen für die Einwanderung von AusländerInnen zu bestimmen. Die Höchstzahlen sollten die wirtschaftlichen Interessen der Schweiz berücksichtigen. Auch sollten die Höchstzahlen SchweizerInnen einen Vorrang auf dem Schweizer Arbeitsmarkt ermöglichen.

Ausgangslage

Das Freizügigkeitsabkommen mit der EU will die unbeschränkte Migration zwischen der Schweiz und der EU. Der Bundesrat hat gesagt, dass die Initiative nicht mit dem Freizügigkeitsabkommen vereinbar ist. Weil das Freizügigkeitsabkommen Teil der bilateralen Verträge ist, ist die Initiative auch nicht mit den bilateralen Verträgen vereinbar.

Insbesondere seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative wird das Personenfreizügigkeitsabkommen intensiv diskutiert.

- Befürworter sind der Meinung, dass die Wirtschaft stark profitiert, da sie damit einfacher Mitarbeiter anstellen kann, die sie in der Schweiz nicht findet.
- Kritiker sind hingegen der Meinung, dass die Schweiz so die Zuwanderung aus der EU nicht mehr selbstständig regeln kann.



Umsetzung MEI

Der Bundesrat will die bilateralen Verträge mit der EU nicht gefährden. Das Parlament hat ein Gesetz zur Umsetzung der MEI geschrieben, dass mit den bilateralen Verträgen vereinbar ist.

Das neue Gesetz will die Einwanderung ohne fixen Höchstzahlen beschränken. Die Einwanderung soll vermindert werden, indem freie Arbeitsstellen möglichst mit arbeitslosen Personen aus der Schweiz besetzt werden.

Die Vermittlung von arbeitslosen Personen in der Schweiz soll stärker gefördert werden. In Regionen und Branchen mit vielen arbeitslosen Personen müssen offene Arbeitsstellen dem Arbeitsamt gemeldet werden. Das ist die sogenannte Stellenmeldepflicht. Während fünf Tagen weiss dann nur das Arbeitsamt und die beim Arbeitsamt gemeldeten arbeitslosen Personen von diesen offenen Arbeitsstellen. Diese neue Regelung gilt seit dem 01. Juli 2018.



Begrenzungsinitiative

Die SVP ist mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative nicht einverstanden. Sie hat deshalb die Unterschriftensammlung für die «Begrenzungsinitiative» gestartet.

Die Begrenzungsinitiative will, dass die Schweiz die Zuwanderung von AusländerInnen eigenständig regeln kann. Wird die Begrenzungsinitiative angenommen, dann hat der Bundesrat ein Jahr Zeit, um mit der EU über die Personenfreizügigkeit zu verhandeln. Scheitert ein Abkommen, dann wird die Personenfreizügigkeit mit der EU gekündigt.

Die SVP hat noch bis zum Sommer 2019 Zeit, 100'000 Unterschriften zu sammeln. Schafft sie das, dann kommt die Vorlage frühestens 2021 zur Abstimmung.

FÜR UMSETZUNG MEI